

Die Verhandlung wird bis zu sechs Monaten oder
Vertrags bis zu 10000 Mt. gehen den angehebt, die Meen Be-
stimmungen zu verhandeln. Und in der „Sammlung der Vorarbeiten“
über den Vertrag mit Druckpapier und Druckfarbe, heraus-
gegeben von der Reichsministerialstelle für das
deutsche Zeitungsgewerbe, wird in einer Anmerkung zu
§ 8 ausdrücklich gesagt: „Rechtshörungen das Gebot mäßig
unnachlässig bestraft werden.“

Wenn man sich daran erinnert, welche großen und kleinen
Schwierigkeiten das Tageswerk und nicht zuletzt der sozialdemo-
kratischen Presse genötigt werden, wie sie unter den gezei-
glichen Bestimmungen, die der Reichsausschuss mit sich gebracht hat,
zu leiden hat, wie sie alle die Einschränkungen im Materialverbrauch
über sich ergehen lassen muß, dann muß man sich allerdings darüber
wundern, mit welcher Leichtfertigkeit die Herausgeber des neuen Blattes
über diese Schwierigkeiten hinwegkommen!

Denn es noch eines Beweises bedarf, wie notwendig es
ist, daß die wirtschaftliche Presse, die von allen kapitalistischen
Interessen unabhängige Zeitungs- und Zeitschriften, von den
Arbeiter unterstellt wird, so ist er durch die Vereinfachung der Zeit-
singer Sozialistengesetz für ihr helles Blut erbracht worden. Wie
werden auch in Zukunft nicht um das Wohlwollen der Unternehmer
kaufen. Wie versprechen auch diesmal, daß wie nie diesem einen
Zeitschrift, wie bisher folgen werden: Unerschütterlich für das
Wohlfahrt der arbeitenden Bevölkerung tätig zu sein. Das hat uns
bisher das Vertrauen der Arbeiter und aller deren
Lemden, die auch in der Politik auf Gerechtigkeit hatten, und
darauf haben wir unsere Arbeit.

Und nun haben die Leipziger Arbeiter das Wort!

„Die Schleier fallen!“

Unter dieser Überschrift bringt der Courrier, das Organ des
deutschen Reichsverbandes, in seiner Nr. 12 vom 17. Juni
einen Artikel, der für die in Gewerkschaftskreisen grassierende poli-
tische Auffassung charakteristisch ist. Er befaßt sich mit der Stock-
holmer Konferenz und sagt einleitend:

Wir stehen den Weltkriegen so viel erdeterien und seit Mit-
tag Juni beendeten Stockholmer Friedensverhand-
lungen der „Internationalen“ beinahe fünf bis aus dem
gegenüber, weil den Männern, die sich dort zu unerbittlichen
Unterhaltungen zusammenfinden werden, Aufgaben gestellt sind, die
sie nicht erfüllen können. Den internationalen Schwärmern,
die dort ihren Ausdruck finden, ist durch nationale Wirk-
lichkeiten eine unüberwindliche Grenze gezogen. Und daran
muß das Stockholmer Experiment an sich scheitern, so-
weit es auf praktische Erfolgsmöglichkeiten eingestellt war.

Nach dieser Ablehnung und dieser Betonung „nationaler Wirk-
lichkeit“ heißt es dann weiter:

Man darf dies so tief und lebhaft wie nur möglich bedenken,
aber mit diesem Bedenken ist uns nicht gedient. Wir sehen heute,
daß es auch in unsern Reihen Leute gibt, die allen Tatsachen zum
Trotz gewisse Friedenshoffnungen auf diese Stockholmer
Unterhaltungen setzen, und denen gegenseitig müssen wir, die wir
haben, zu sagen, daß sie in ihren Hoffnungen und Erwartungen die
bittersten Enttäuschungen erleben werden. Größere und bittere Ent-
täuschungen, als sie ihnen schon durch die internationalen
verfälschten Reden-Verträge worden sind. Bereitete werden müssen,
weil es die verflochtenen Internationalen nicht über sich brachte, in
ihren Vollen und Wüthen ein gewisses Gleichgewicht herzustellen und
zu erhalten. Und wenn man den bisherigen Verlauf der Stockholmer
Unterhaltungen ebenso gründlich wie kritisch überprüft, dann kommt
einem so recht klar zum Bewußtsein, wie reich der Gedanke des
Reichs an Sophismen ist. Ganz abgesehen davon, daß die
internationalen Sozialisten, die Entente-Sozialisten und schließlich noch die
international-oppositionellen Sozialisten dem Stockholmer Experi-
ment mit Konträrerexperimenten das an sich schon flache Wasser
abgraben sich bemühen. Selbst der übertriebene Optimismus
vermag diesen das Risiko herbeiführenden Wagnis nicht zu
verschleiern.

Damit vergleiche man die Presse der Regierungsozialisten, die
sich bemüht, die Stockholmer Konferenz als ihr Friedenswerk hin-
zustellen, während doch ohne Zimmerwald und ohne Rienthal Stock-
holm kaum gekommen wäre. Und wenn die Dresdner Volkszeitung
schreibt:

„In der sozialistischen Deutschzeit für Stockholm kommt nicht
nur die Überzeugung einzelner Parteimitglieder zum Ausdruck. Sie
ist als eine Willensäußerung der gesamten So-
zialdemokratie anzusehen.“

so erklärt der Courrier: „Nicht bis ans Herz“:

Die dort abgegebenen Gutachten sind in dubio res
geitigtes Eigentum ihrer Träger, und keine Re-
aktion wird sie als ihr Recht verplüchtend anerken-
nen. Aber sie tranken auch an einem gewissen inneren Widerspruch.
Der bewusste Status quo ante kommt nicht mehr zur
Weltung und das ganze hängt auf die Formel hinaus: Gegen
Anexionen, aber für Dekanexionen! Gegen Kriegenschieds-
gerichte, aber für Entschädigung entstandener Kriegsschäden! Auf einem
bedingungslos Frieden will sich anscheinend niemand
verpflichten, was uns nur zu erklärlich scheint.

Der einzige moralische Erfolg der Konferenz sei, daß die Staaten
des Westens gezwungen worden wären, die Maske fallen zu lassen.
„Man stellt im Westen auf die Formel: Keine Anexionen, keine
Kriegenschiedsgerichte, Verständigungsfrieden statt Sieg und Nie-
derlage. Nein, man will einen englischen, französischen, italienischen
usw. Sieg; man will Anexionen und Kriegenschiedsgerichte.“

Von dem bekannten „deutschen Frieden“ wagt der Courrier
nichts. Auch nicht davon, daß sich am 15. Mai Bethmann Hollweg
mit den Riesen der obersten Oberleitung eins erklärte. Dafür ist
ihm, Rußland ein um so angenehmeres Demonstrationssubjekt seiner
politischen Auffassung.

„Und Rußland? Ego! Die Revolution, die ihre bisherigen
Erfolge nicht zum geringsten Teile, zum mindestens indirekt, der
vielschmählichen preußischen Soldateska verdankt,
endet anscheinend unter einer Konterrevolution, einer Militärdiktatur
oder einer Diktatur des Geldes der Ententeverbündeten, wenn
Rußland es nicht vorziehen sollte, die Entente zu sprengen, um
um Frieden zu kommen, was immerhin nicht ganz unwahrscheinlich
ist. In diesem Falle hätte Rußland nur nötig, sich gegen die „Zür-
sorglichkeit“ seiner heutigen Verbündeten zu schützen, was immerhin
noch erträglicher wäre, als die heutige Diktatur englisch-französisch-
amerikanischer Kriegsdreher, die Rußland nur als Sturmblock be-
nutzen.“

Und so schließt der Artikel:

Wir haben das Empfinden, daß diese Überzeugung auch in
Rußland immer weitere Kreise erfährt. Wenn damit das Schicksal
der Entente besiegelt wäre, hätte der Friede freiere Bahn und könnte
ein schnelleres Tempo einschlagen. Heute sind es ausschließlich die
Weltmächte, die den Frieden behindern, weil sie auf eine Neubestimmung

der Kriegsverhältnisse in Rußland spekulieren. In diese Richtung erst
verfügt, heizt der U-Boot-Krieg die wirtschaftliche Misere der
Westmächte zur Unerschwinglichkeit, dann wird der Friede im Stin-
schicht Branntwein, der bisher uns herpöhlen und etwas aus dem
selbstigen Gleichgewicht herausgerateten Menschen zu langsam, wenn
auch sicher, marischert.“

So der Artikel des Courrier. Der Verfasser stimmt mit der
bekannten Kognitionslehre des seitigen Courrier von der Deutschen Tages-
zeitung, in dessen Welle der ganze Artikel gehalten ist. Welcher Welle,
wie Figuren zeigt, nicht nur in der Deutschen Tageszeitung, den
Reisiger Neuesten Nachrichten usw. läuft.

Die Wäre Hoffmann.

Deutschfeindliche Kundgebungen in Genf.

Genf, 20. Juni. (Meldung der Schweizerischen Depeschen-
Agentur.) Am Dienstagabend beschloß eine Volksversammlung
des Bundesrats 11 Urklagen, um Kommissare einzuführen, welche
die Verantwortlichkeit in der Angelegenheit Hoffmann feststellen sollen.
Die Versammlung verlief sehr ruhig. Danach lebhaft begabten sich
Gruppen von Kundgebungen vor das deutsche Konsulat in Genf
konstanz und versuchten, das Konsulatsgebäude heranzuziehen.
Die Polizei schritt aber ein und nahm das Gebäude besetzt, das auf
den Volksworten in Sicherheit gebracht wurde. Die Kundgebungen
gingen vor das österreichisch-ungarische Konsulat, wo
Fenster eingeworfen wurden. Polizisten und Agenten
langten in Kraftwagen an und zerstreuten rasch die Menge in der
Umgebung des Konsulats. Mehrere Verhaftungen wurden vor-
genommen. Andere Kundgebungen fanden vor dem russischen Kon-
sulat statt. Die Demonstranten agierten mit den Waffen und schossen
einige glühende Schiffe ab. Mehrere Polizisten und Kundgebende sind
leicht verwundet, 18 Personen im Alter von 16 bis 18 Jahren ver-
haftet worden.

Der Nachfolger von Hoffmann.

Der Frankfurter Zeitung wird aus Bern gemeldet: Der Bund
bestätigt, daß Bundespräsident Schulthess, der bisher der Stell-
vertreter von Hoffmann war, die Geschäfte des politischen Departe-
ments übergeben und nach Genf ziehen wird. Bundespräsident De-
coppet wird das Militärdepartement mit dem volks-
wirtschaftlichen Departement vertauschen. Ein neuwählender Bun-
desrat dürfte das Militärdepartement übernehmen. Außer Ador
wird auch Oberst-Korvettenkapitän Huber als Kandidat ge-
nannt. Die Tagung des Bundesrats wird wahrscheinlich um eine
Woche verlängert und bei der Wahl des neuen Bundesrats auch
gleich die Frage der Erhöhung der Zahl der Mitglieder des Bundes-
rats von sieben auf neun erörtert werden. Wenn diese Erhöhung
erfolgt, dürften neben dem neuen welschen Mitglied zwei Deutsch-
Schweizer in den Bundesrat kommen.

Die Lage in Rußland.

Zersplitterten über die amerikanische Kriegs- beteiligung.

Petersburg, 20. Juni. (W. Z. B.) Die W. Z. B. meldet,
erklärte der Minister des Äußeren Zersplitterten in einer Bespre-
chung mit Vertretern der Presse u. a.: Was die wichtigste Frage der
Teilnahme der Vereinigten Staaten am Kriege betreffe, so sei die
nordamerikanische Republik-Vertrag mit den Alliierten ein-
gegangen. Die Besprechung mit Tschugatschew und der amerika-
nischen Abordnung habe in völliger Offenheit statt. Es sei nicht
versteht worden, daß sich einer Zusammenkunft einen Druck auf
Rußland ausübten. Neben die Einberufung einer Konferenz der
Alliierten sagte der Minister, diese sei noch in Vorbereitung.

Maßnahmen gegen „Anarchisten“.

Petersburg, 19. Juni. (Mentor.) Truppen sind in die Ge-
schäftslokale des Blattes „Nischla“ Wölfa eingebrungen und haben
die Anarchisten gefangen genommen, die sich der Zeitung gewaltsam
bemächtig hatten.

Finanzoperationen.

Petersburg, 19. Juni. (Meldung der Petersburger Telegraphen-
Agentur.) Die vorläufige Regierung hat beschlossen, die Ver-
kaufung von Staats- und Ausland und die Auszahlung in Rubeln
in laufender Rechnung an russische Anstalten und Personen im Aus-
land zu unterlegen. Der Finanzminister wurde ermächtigt, eine
besondere Abteilung für ausländische Wertpapiere einzurichten. Alle
Kaufkäufe, die Wertpapiere zum Gegenstand haben, dürfen nur durch
Vermittlung der Kreditanstalten vollzogen werden, deren Liste vom
Finanzministerium aufgestellt wird. Alle Zuwendungen gegen
dieses Gesetz werden mit Geldbußen oder Freiheitsstrafen bis zu
5 Jahren bedroht.

Aus den Dokumenten der russischen Revolution.

Die menschenwürdige Moskwa-Gazette (Arbeiterzeitung) ver-
öffentlicht folgenden Befehl des Generals Kornilow, des bis-
herigen Kommandierenden des Petersburger Militärbezirks:

„Befehl an den Petersburger Militärbezirk, Petersburg
Nr. 170a, 17. April 1917.“

Morgen, am 18. April (1. Mai) finden aus Anlaß des Welt-
feiertags der Arbeit in den Truppenteilen des mir anvertrauten
Militärbezirks keine Übungen statt.

Die Truppenteile, nebst ihrem Vorkommandanten, nehmen an den
Volksausmärschen teil, nachdem sie mit den betreffenden Rayon-
komitees Vereinbarungen getroffen.

Unterzeichnet
„Hauptkommandierender der Truppen des Militärbezirks;
Generalleutnant Kornilow.“

Die Bolschewiken und die provisorische Regierung.

Petersburg, 20. Juni. (W. Z. B.) Hier ist ein Kongress der
Kosakenvereine zusammengetreten, der sich mit der Forderung der
Kosaken zur einstweiligen Regierung, zur verfassunggebenden Ver-
sammlung, zum Kriege und zu andern Fragen befaßt soll.

Die Arbeiten der Versammlung der Bergleute und Bergwerks-
besitzer haben die Bereitschaft zu gegenseitigen Zugeständnissen er-
geben.

Aus Tiflis wird berichtet, daß in einer Sitzung des aus-
führenden Ausschusses des dortigen Arbeiter- und Soldatenrats die
Kommissare von sieben Distrikten Berichte vorlesen, wonach die
Bauern mit der neuen Regierung sehr zufrieden seien. Sie erwar-
teten die Regelung der Landfrage und Organisation der Schulen
auf neuen Grundlagen.

Der sozialistische Wahlsieg in Petersburg.

Ein Telegramm der Petersburger Telegraphenagentur hat einen
plötzlichen Wahlsieg der sozialistischen Blöcke bei den Wahlen für
die Bezirksräte in Petersburg gemeldet, die den Wahlen für die all-
gemeine Stadtduma vorausgehen. Der sozialistische Block
hat mit 607 000 Stimmen ein fast zwei Drittel aller abgegebenen
Stimmen auf sich vereinigt. Die „Bolschewiki“, die gesondert
vorgingen, erhielten 117 000 Stimmen, während sämtliche bürger-
lichen Parteien, meist vereint durch die Listen der Radikalenpartei,
es bloß auf 108 000 Stimmen brachten. Da die Wahlen auf Grund
des proportionalen Wahlsystems vorgenommen wurden, werden die
Parteien entsprechend den genannten Wahlsiffern in den Kommu-
nalmehrheiten der einzelnen Petersburger Bezirke vertreten sein.
An ähnlichen Verhältnissen dürften die Parteien auch in die allgemeine
Stadtduma eingehen.

Durch diesen Wahlsieg, der auf Grund des nun eingetretenen all-
gemeinen Wahlrechts erlangt wurde, werden zum erstenmal alle
eigenmächtig, eigennützlich, korrupten Elemente aus der Stadter-
waltung entfernt, die bisher als Vertreter eines kleinen Schiffs von
Hausarabieren und Plutokraten den Wahlsieg der Sozialisten in
Händen hielten. Neben der Befreiung zahlreicher Wahlsieger wird
dieses formale Neuordnung der demokratischen Elemente die er-
sehnte Gelegenheit geben, ihren politischen Einfluß in den Bezirken
Petersburgs fest zu verankern und eine gute Grundlage zu schaffen
für die in der Zukunft dem sozialistischen Block zu leisten, die
militärisch wird, die Erhaltung der Revolution zu sichern.

An den Wahlen hat der Arbeiter- und Soldatenrat insofern An-
teil genommen, als er seine Autorität zugunsten eines Blocks aller
in ihm vertretenen Parteien gegen die Alliierten in die Waagschale
warf. In diesem Block nahmen sämtliche sozialistische
Parteien mit Ausnahme der „Bolschewiki“ (sozialistische
Partei) teil. (Nur in einigen Bezirken traten ein Teil der Men-
schenwill und der Sozialrevolutionäre zusammen mit den Bol-
schewiki.) Der Wahlausgang zeigt, daß die große Mehrheit der
proletarischen und der mit ihr verbundenen kleinbürgerlichen Bevölke-
rung hinter der Mehrheit des Arbeiter- und Soldatenrats steht.

Zur Stockholmer Konferenz.

Die russische Einladung.

Budapest, 20. Juni. (W. Z. B.) Das Organ der ungarischen
Partei Vespasien veröffentlicht den Wortlaut der telegraphischen
Einladung zur Sozialistenkonferenz, die gestern dem Partei-
sekretariat aus Petersburg über Stockholm zugegangen ist.
Das Telegramm lautet: Im Auftrag des Petersburger
Arbeiter- und Soldatenrates teile ich mit, daß der Rat in seiner
Sitzung am 2. Juni den Beschluß gefaßt hat, vom 29. Juni bis
3. Juli eine internationale Sozialistenkonferenz
einzuberufen. Tschaidse, Vorsitzender.

Der französische Munitionsdirektor über die Er- klärung der deutschen Unabhängigkeitssozialisten.

Stockholm, 19. Juni. (W. Z. B.) In Sozialdemokraten läßt
Erklärung der französischen Munitionsdirektor Albert Thomas auf
die Friedenspolitik der deutschen Sozialdemokraten antworten
und empfiehlt dieses Schriftstück seinen Lesern besonders an.

Thomas sagt da, er habe nie geglaubt, daß die Verletzung
einer gemeinsamen sozialistischen Grundfaser so
scharf hervorgerufen werde, wie dies bei der deutschen Erklärung der
Fälle sei. Es werde darin zwar von der Befreiung der Welt der
Völker und Rassen über die weltweite diplomatische gesprochen, aber
was bedeute das, da Deutschland noch keine wirklich konstitutionelle
Regierungsform habe? Im übrigen findet Thomas, wenn man die
Darstellungen der deutschen Mehrheit für Punkt lese, stamme
nicht immer mehr darüber, wieviel und was die ungarischen Sozialisten
Lissmus sie enthalten. Der Fall Esch-Kohlringel könne nicht
zwischen Deutschland und Frankreich entschieden, sondern müsse der
öffentlichen Meinung aller Völker unterbreitet werden. Er be-
dauere nicht, wie sich die deutschen Sozialdemokraten nach dem Hin-
weis auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker noch auf das Recht
der Rasse und Sprache, der militärischen Stärke und der Wirtschaft
berufen könnten.

An der Frage nach einer Teilnahme der Franzosen an
der Stockholmer Konferenz ist der Munitionsdirektor sehr zurück-
haltend.

Eine Besprechung mit englischen Sozialisten.

Stockholm, 19. Juni. (Meldung der Schwedischen Telegraphen-
Agentur.) Der Holländisch-Dänische Sozialistische Klub hat
am 18. Juni eine vorläufige Besprechung mit Julius Wolf von
der Arbeiter- und Soldatenrat der englischen Sozialisten
gehabt, der von Thompson, dem Herausgeber des Clarion,
begleitet war. Eine Zusammenstellung der Ansichten der englischen
Mehrheit und Minderheit wird von der Gesamtvertretung erst aus-
gearbeitet.

Thompson macht Wolf schon einige Mitteilungen über die Hal-
tung der englischen Mehrheit zu gewissen, für die Eng-
länder Ausstöße gebenden Fragen. Danach ist die englische Mehr-
heit für Wiederherstellung der Unabhängigkeit Belgi-
ens und Westflandern Nordfrankreichs und wirtschaftlichen Le-
beraufbau dieser Gebiete auf Kosten der jetzt besetzenden
Macht, ferner für ein geeinigtes, unabhängiges Polen und für völlige
Wahlfreiheit aller Völkern in Österreich-Ungarn, dessen De-
mokratisierung sie für eine wesentliche Voraussetzung für die Dauer-
haftigkeit des Friedens hält. Die englischen Sozialisten und Arbeiter
halten die Frage, wer Schuld am Ausbruch des Krieges
sei, für besonders wichtig und die Errichtung einer übernationalen
Gewalt zur Beilegung weiterer Zusammenstöße für erforder-
lich; die Fabian-Gesellschaft hat einen vollständigen Plan für alle
diese Dinge entworfen. Schließlich ist die englische Sozialisten- und
Arbeiterbewegung Begnehm eines Wirtschaftskrieges nach Friedens-
schluß.

Die amerikanischen Delegierten über die amerikanische Kriegsbeteiligung.

Kopenhagen, 20. Juni. (W. Z. B.) Sozialdemokraten melden
aus Stockholm: Die drei amerikanischen Abgeordneten Goldfarb,
Reinstein und Davidowitsch erschienen gestern in der Sitzung des
sozialistischen Ausschusses. Sie haben, nachdem die amerikanische
Regierung ihnen den Paz verweigert hatte, unter eigenartigen Um-
ständen Amerika verlassen. Goldfarb führte eine schließliche Erklä-
rung der amerikanischen Sozialisten Partei, der größten der beiden
amerikanischen Sozialistenparteien, mit. Reinstein erklärte einem
Mitarbeiter von Politik, daß die Großkapitalisten Amerikas die
Kriegserklärung Wilsons verursacht hätten. Amerika werde zur
Zeit von Morgan und Wallstreet regiert. Die Tochter Wilsons habe
in diese Kreise hineingehört. Wilson habe sich immer mehr vor
den Interessen der Kapitalisten leiten lassen. Eine Festsitzung habe
man auch gewünscht, daß Rußland mit Deutschland einen Sonder-
frieden abschließen und Amerika das Kapital, das es als Waffen-
lieferant bei den Alliierten angelast habe, verlieren würde, wenn
Deutschland Sieger bliebe. Diese Kapitalistenfürsorge hätten schließ-
lich auf Wilson einen derartigen Druck ausgeübt, daß er das Land
in den Krieg erklärt habe. Die amerikanischen Sozialisten seien
neutral; sie wünschten einen Frieden ohne Sieger, aber namentlich
einen Frieden, der für das internationale Proletariat von Nutzen
wäre.

Vom Tage.

Die Frage: Soll sich die unabhängige Sozialdemokratie Deutsch-
lands an der Konferenz in Stockholm beteiligen? hatten
wir mit Ja beantwortet, weil es eine der dringlichsten Aufgaben
der U. S. P. D. ist, Hand in Hand mit den oppositionellen Sozial-
demokraten der andern Länder für schleunigste Herbeiführung des
Friedens zu wirken. Die russische Korrespondenz Prawda, her-
ausgegeben von der ausländischen Vertretung des Zentralkomitees
der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (Bolschewiki),
wendet sich dagegen und schreibt:

Wir wissen nicht, ob das bedeuten soll, daß sich die unabhängige
Sozialdemokratie an der gemeinsamen Konferenz mit den Scheid-
manns, Renaudels nicht beteiligen will, und nur deswegen nach
Stockholm reist, um mit den Widerheiten Fühlung zu nehmen;
solte das der Fall sein, so müssen wir sagen, daß der Preis der Zu-
sammenkunft der Internationalisten, den die U. S. D. zu bezahlen
geben, zu groß wäre. Sie hätte zwei Monate lang die Arbeit der